

## 6 Fragestunde

Bürgermeisterin **Kahr**:

Es ist jetzt 12:24 Uhr, wir kommen zur Fragestunde und ich darf bitten, Herrn Klubobmann Pascuttini seine Frage an Herrn Stadtrat Manfred Eber zu stellen.

***Beginn Fragestunde 12:24 Uhr***

### **6.1 Frage 1: Notwendige Überarbeitung der Objektivierungsrichtlinie (KO Mag. Pascuttini, KFG, an StR Eber, KPÖ)**

Klubobmann **Pascuttini**:

Hoher Gemeinderat, hohe Stadtregierung, sehr geehrter Herr Stadtrat Eber.

Wenn im Vorfeld einer Frage in der Fragestunde schon ein bisschen Feedback kommt aus den Ämtern: „Toll, dass du diese Frage stellst“ oder auch ein bisschen Kritik kommt zur Frage, ja dann weiß man, dass man die richtige Frage stellt. Ich möchte eine Frage zur Objektivierungsrichtlinie stellen, die Sie in Ihrer jetzigen und aktuellen Regierungszeit auf die Tagesordnung gesetzt haben, die sind ja auch wichtig, und ich möchte es nicht vergessen zu erwähnen, dass Sie ja im Bereich der Objektivierung, was Postenbesetzungen betrifft, doch etwas getan haben. Ich darf dieses Vier-Ebenen-Modell im Haus Graz erwähnen, das Sie immer wieder loben. Ich darf auch die neue Objektivierungsrichtlinie erwähnen, die Sie immer wieder loben. Nur ist jetzt alles gut, seit dieses Regelwerk in Kraft ist, seit diese Regelwerke in Kraft sind, und das muss man leider mit einem klaren Nein beantworten, weil, wenn man sich jetzt ein paar Beispiele exemplarisch vor Augen führt, wo diese Regelwerke versagt haben, dann muss es für uns alle klar sein, dass wir in diesem Bereich noch etwas tun müssen.

Da gibt es zum Beispiel eine Postenbesetzung mit einem Referatsleiter, wo eine ominöse Runde, die sich freitags zum Stammtisch beim Dreizehn trifft, den Referatsleiter reinhebt. Ich darf jetzt nicht genauer werden, aber die Insider kennen sich aus. Dann gibt es die Citycom, wo man wirklich erlebt, wie eine Schlammschlacht ausgeartet ist. Wo es irgendwelche anonyme Anwürfe gibt, wo Sie, Herr Finanzstadtrat, dann nichts getan haben, um dieses Hearing zu verschieben, somit es wirklich unfaire Bedingungen waren für einen der Geschäftsführer, weil in dieser kurzen Zeit konnte man die Vorwürfe nicht widerlegen und da hat man jetzt dann wahrscheinlich auch schon eine Entscheidung gefasst. Die nicht auf einer fairen Grundlage basierend.

Wenn man dann an die Präsidialabteilung denkt, wo ja vor kurzem die Frage war: „Ja, wird der interimistische Leiter, der das gut gemacht hat, wieder bestellt oder aber kommt ein anderer zum Zug?“ Und ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich habe mich noch nie so gefreut über eine Postenbesetzung, wie ich sie dann schlussendlich lesen durfte, wie in diesem Fall, weil wenn dieser, ich sage jetzt der personifizierte Herr SPÖ-Wanderpokal zum Zuge gekommen wäre, na Hawidere, das wäre nicht gut gewesen für diese Stadt.

Und dann, wenn man jetzt so ein bisschen ins Rathaus hineinhört, in die Abteilungen hineinhört, dann hört man von manchen Auguren, die die Grünen und die Roten Vögelchen ja beobachten, dass da schon der nächste große Postenschacher geplant ist, nämlich nächstes Jahr, im Jahr 2025. Wenn der langjährige Vorstandsvorsitzende Malik abtritt, hört man, wenn man dem Auguren Glauben schenkt, den Vögelbeobachtern, dass es niemand geringer als die Ministerin Gewessler ist, die dann in der Pole-Position steht.

Man kann darüber lachen, oder, ich glaube, in diese Entscheidungen, Herr Kollege Ammerer, sind Sie nicht eingebunden, ich auch nicht, deswegen möchte ich heute ein bisschen eine Klarheit schaffen. Das wäre mir wichtig. Ich höre sehr viel, und weißt du, ich merke, wie es dich erregt, wie du gleich so wurlert wirst. Also ganz so falsch können

meine Quellen nicht liegen, aber darum geht es ja auch nicht. Es geht auch nicht um die Einzelpersonen. Ich habe ja auch extra erwähnt, es steht mir nicht zu, über die Qualität oder über die Nichtqualität zu urteilen.

Es geht im Endeffekt darum, dass im Bereich der Postenbesetzungen noch einiges getan werden muss. Und da möchte ich jetzt dem zuständigen Stadtrat eine Frage stellen. Würde dich ja eigentlich fragen, was wir tun können, um auch in diesem Bereich den Weltmeistertitel für die weltbeste Objektivierungsrichtlinie abzustauben, werde es aber ein bisschen besser ausformulieren und dich, lieber Herr Stadtrat,

**fragen:**

Welche Maßnahmen werden Sie, wirst du, setzen, um die Objektivierungsrichtlinie derart zu überarbeiten, um zukünftig politisch motivierten Postenbesetzungen im Haus Graz wirklich den Riegel vorzuschieben?

***Originaltext der Anfrage:***

*Sehr geehrter Herr Stadtrat Eber!*

*Die KPÖ-geführte Rot-Rot-Grüne-Stadtregerung trat im November 2021 die Regierungsgarbeit an, alles besser zu machen. Insbesondere "politischen Postenbesetzungen" und „Freunderlwirtschaft“ sollte der Riegel vorgeschoben werden. Trotz neuer "Objektivierungsrichtlinie" und Einführung des 4-Ebenen-Modells" im Haus Graz sind die Besetzungen der Führungspositionen nach wie vor mit Intransparenz behaftet. Freundschaftsnetzwerke und Seilschaften sind nicht ansatzweise entmachteter.*

*Die Aufregungen der letzten Monate - zu nennen ist die Schlammschlacht um die Citycom sowie die Besetzung der Präsidentschaftsleitung, die beinahe in einem Desaster mündete und nur durch den großen öffentlichen Druck schlussendlich nicht mit einem*

*"roten Postenschacher" endete - sind noch nicht ganz abgeflaut, und doch gibt es bereits neuen Grund zur Sorge, denn: Hinsichtlich der Nachfolger von Holdingvorstand Malik im kommenden Jahr dürfte bereits eine koalitionsinterne Entscheidung gefallen sein, und niemand geringere als die derzeitige Infrastrukturministerin Leonore Gewessler steht in der Poleposition. Eine mögliche Besetzung, die ungeachtet der vorhandenen oder nicht vorhandenen Qualifikation - dies zu prüfen obliegt anderen! - die nach "Postenschacher par excellence" riecht. Die vorhin genannten in Geltung stehenden "Mechanismen" gegen derartige Postenschacher würden natürlich nicht greifen, denn eine "Cooling off Phase" gibt es außer für Stadtregierungsmitglieder und Gemeinderäte der Stadt Graz für niemanden.*

*Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende*

**Anfrage**

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates  
der Landeshauptstadt Graz:*

*Welche Maßnahmen werden Sie setzen um die Objektivierungsrichtlinie derart zu überarbeiten, um zukünftig politisch-motivierten Postenbesetzungen im Haus Graz wirklich den Riegel vorzuschieben?*

Stadtrat **Eber**:

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Antragsteller!

Ich habe, wie immer und wie natürlich alle anderen auch, bereits vorgestern diese Frage gestellt bekommen. Vorgestern war der Faschingsdienstag, ich habe das für einen verunglückten Faschingsscherz gehalten. Nachdem du die Frage jetzt aber in

ähnlichen Worten wieder stellst, werde ich doch versuchen, darauf eine Antwort zu geben. Also erstens möchte ich sagen, nein, es hat keine Schlammschlacht um die Citycom gegeben. Es hat einen anonymen Brief gegeben. Es wurde umgehend auch die interne Revision der Holding beauftragt, das zu untersuchen. In einem ersten Statement haben die gesagt, nein, an diesen Vorwürfen ist in dieser Form zumindest nichts dran, aber sie werden das natürlich weiter untersuchen. Wir haben auch, um allen Bewerberinnen und Bewerbern und auch den Kunden der Citycom größtmögliche Sicherheit zu geben, verzichtet darauf, das Hearing zu verschieben und glauben, dass wir damit sehr gut fahren.

Es haben alle Bewerber - es waren nur Männer beim Hearing - sehr gute Figur gemacht und die Entscheidung wird, wenn abschließend die Vorwürfe beurteilt worden sind, fallen. Was die anderen beiden Punkte betrifft, die du konkret angesprochen hast, Präsidialamtsleitung und Holdingvorstand, muss ich schon sagen, also es ist ein bisschen eine eigentümliche Vorgehensweise, wenn man zuerst irgendwelche seltsamen Gerüchte in die Welt wirft, an denen nichts dran ist, und dann zu sagen, ja, aber dadurch, dass ich das aufgezeigt habe, ist das jetzt nicht passiert. Das ist aus meiner Sicht ein bisschen seltsam, aber ich möchte ganz kurz zum Hearing-Präsidialamt etwas sagen.

Also, es gibt natürlich eine verpflichtende öffentliche Ausschreibung, nur um das darzustellen. Es hat da sehr viele, sehr gute Bewerber und Bewerberinnen gegeben. Wir haben eine externe Personalberatungsfirma dabeigehabt, die in Rücksprache, in Absprache mit dem Personalamt und auch mit mir eine Shortlist erstellt hat. Die geeignetsten Kandidatinnen und Kandidaten wurden dann eingeladen. Wir haben eine Hearings-Kommission, die nicht politisch besetzt ist, sondern aus dem Magistratsdirektor, einer betrauten Abteilungsleitung, also einer Externen, dem Personalamtsleiter sowie der Personalvertretung besteht. Alle Gemeinderatsfraktionen können sich da natürlich als Zuhörer und Zuhörerinnen auch selber ein Bild machen, wie sie sich schlagen, sozusagen. Es gibt dann den Vorschlag

der Hearings-Kommission an den zuständigen Personalstadtrat. Ich habe also den Vorschlag dem Gemeinderat heute vorgelegt. Der noch zur Beschlussfassung kommt. Zu keinem Zeitpunkt hat es irgendwelche Versuche der Intervention gegeben, weder von Mitgliedern der Koalition noch von anderen Parteien. Das ist alles ganz reibungslos abgegangen.

Was die Holding anbelangt, gibt es natürlich noch keine Bewerbungen. Es ist noch nicht so weit. Es hat noch nicht einmal eine Ausschreibung gegeben. Die wird wahrscheinlich, ich sage einmal, Anfang nächsten Jahres zu erwarten sein. Da hoffen wir natürlich auf möglichst viele gute Bewerberinnen und Bewerber.

Abschließend möchte ich noch einmal sagen, also Gerüchte gibt es natürlich oft viele. Man soll natürlich nicht alle irgendwie für bare Münze nehmen. Es gibt ja auch das Gerücht, dass der KFG-Klubobmann zur ÖVP wechseln soll, das halte ich jetzt auch nicht für viel besser. Aber darauf soll man nicht allzu viel geben. Danke.

**Klubobmann Pascuttini:**

Lieber Herr Stadtrat, du bist heute wirklich so gut gelaunt und schlagfertig. Sonst, das stimmt, wir verstehen uns ja auch gut. Aber sonst bringst du deine Witze immer erst in der Budgetgemeinderatssitzung zur Geltung. Heute schon ein bisschen früher.

Du hast jetzt leider meine Frage nicht beantwortet, sondern bist auf alles Mögliche, was ich so angeführt habe, eingegangen. Mir wäre es darum gegangen zu wissen, naja, können wir die Objektivierungsrichtlinie noch verbessern oder nicht. Schau, ich werde dir später hier in einem persönlichen Gespräch noch ein bisschen diese Gerüchte wie du sie nennst, erläutern und kann dir auch darlegen, bei den einzelnen

Postenbesetzungen, wer da wie Einfluss genommen hat, aber leider gibt es ja auch immer wieder diese nervösen Menschen, die dann gleich mit Klagen kommen und ich habe halt leider keine Immunität. Deswegen, insofern, können wir das gerne einmal im Privaten erörtern, was das eine oder andere bei den Postenbesetzungen betrifft, und

ja, schau, lieber Stadtrat, ich habe natürlich keinesfalls die über jenen Zweifel erhabene, politisch nicht gefärbte Hearings-Kommission in irgendein politisches Eck bewegt, das möchte ich sagen. Angefangen vom Magistratsdirektor bis zu jedem anderen von den Beamten, der natürlich keiner Partei nahesteht. In keinsten Weise habe ich das natürlich so auch nicht gemeint. Ja, das hast du dann hineininterpretiert. Mich würde es jetzt aber trotzdem interessieren, ob man im Bereich der Postenbesetzungen, was das Haus Graz betrifft, was auch die einzelnen Abteilungen betrifft, ob man da noch etwas mehr machen kann. Weil ganz so, wie du es darstellst, ist es halt nicht. Es ist nämlich schon so, dass diese Kommission oder diese externe Personalberatungsfirma etwas vorschlägt und die letzte Entscheidung liegt dann schlussendlich bei dir. Und ich meine, du hast heute nur das Glück, ja. Der Gemeinderat der jetzt aus welchen Personen besteht? Wahrscheinlich aus einer Mehrheit deiner Koalition und somit ist es ja wieder eine politische Entscheidung. Und dein Glück, wie du ausgeführt hast, ist ja, dass das heute kein Untersuchungsausschuss ist, weil dort hat man ja auch einmal einem Politiker die Frage gestellt: „Wie ist das mit den Postenbesetzungen?“ und der hat nicht ja, nicht nein gesagt, sondern jein und er darf sich damit jetzt vor dem Straflandesgericht mit der Frage auseinandersetzen, wie das mit den Postenbesetzungen im politischen Bereich ist. Also wenn du dich da her setzt und sagst...

Bürgermeisterin **Kahr**:

Bitte zur Frage kommen.

Klubobmann **Pascuttini**:

Ich habe noch eine Minute.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Aber trotzdem zur Frage kommen, ja.

Klubobmann **Pascuttini**:

Ich habe noch eine Minute. Noch eine Minute und zehn Sekunden Verlängerung. Jetzt ist für mich natürlich die Frage, lieber Manfred, was machen wir mit der Objektivierungsrichtlinie. Können wir die noch verbessern? Ich würde die Frage einfach noch einmal stellen, weil du sie nicht beantwortet hast. Gibt es aus deiner Sicht noch Bedarf, etwas zu tun, oder ist alles so, wie es nun ist, einfach gut? Ich wiederhole einfach meine Frage noch einmal. Vielleicht möchtest du sie jetzt beantworten.

Stadtrat **Eber**:

Aus meiner Sicht gibt es zurzeit keine Notwendigkeit, die Objektivierungsrichtlinie zu verändern. Es gibt natürlich, oder kann natürlich immer wieder Gründe dafür geben, also da weiter nachzuschärfen, wenn das gewünscht ist, auch vom Personal und beispielsweise die uns natürlich da immer auch gut beraten. Dann werden wir das natürlich machen.

Ja, also aber wie gesagt, derzeit glaube ich, ist es so, dass wir direkte politische Einflussnahme auf Postenbesetzungen sowohl im Magistrat als auch bei den Beteiligungen weitgehend ausgeschlossen haben, aber wie gesagt, natürlich sind wir da immer Gesprächsoffen.

## **6.2 Frage 2: Kindergarten Fölling (GR Pointner, NEOS, an StR Hohensinner, ÖVP)**

Gemeinderat **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen auf der Galerie, werte Presse, werte Verwaltung, einen schönen guten Tag wünsche ich.

Es geht um einen Dauerbrenner, es ist das Thema Elementarpädagogik, wo es steten Handlungsbedarf gibt, Dauerdruck. Der Dauerdruck ist einerseits erklärbar aus der stets angespannten Finanzlage der Stadt, der Sie, werter Herr Stadtrat, immer wieder zu Warnungen veranlasst, dass wir uns mit Kindertageseinrichtungen, Gruppenschließungen auseinandersetzen müssen, dass die Bedrohung da im Raum schwebt. Auf der anderen Seite die beschlossene Lage, dass die Gruppengrößen sinken werden und dass wir dadurch neuen Raum brauchen werden.

Deshalb sind Sie auch mit dem Finanzstadtrat vor die Presse getreten und haben gesagt, dass man auch mehr bauen muss und neuen Raum schaffen sollte. Nun ist das Bauen zeitaufwendig und der Raumbedarf schon jetzt auch gegeben und deshalb wäre es vielleicht recht dringlich einmal darauf zu schauen, was haben wir eigentlich in der Stadt an Räumlichkeiten. Mir ist da eines aufgefallen, ich wohne in Mariatrost und gehe gerne da draußen in Fölling spazieren und da gibt es ein Neubaugebiet und da gibt es eine Kinderkrippe, die in Betrieb ist und daneben ist ein Leerstand. In einem Neubau, ein Edelrohbau. Dieser Leerstand ist eigentlich für die Nutzung als Kindergarten vorgesehen. Nach Rücksprache mit dem Erbauer gibt es für diesen Kindergarten sogar eine Förderzusage des Landes vor vier Jahren und auch eine Bedarfserhebung. Wenn man mit den Leuten dort draußen redet, sind viele Jugendfamilien, die brauchen dort einen Kindergarten. Aber es ist ein Rohbau und deshalb drängt sich folgende

**Frage**

an Sie, werter Herr Stadtrat, auf: Warum wurden die in Fölling vorgesehenen Räumlichkeiten für einen Kindergarten bis heute nicht genutzt, obwohl ein dringender Bedarf an Kindergartenplätzen dort besteht?

**Originaltext der Anfrage:**

*Die anhaltende prekäre Finanzsituation der Stadt Graz führte zuletzt dazu, dass Sie Gruppenschließungen im Kinderbildungs- und Betreuungsbereich in den Raum stellen mussten. Durch die immer weniger werdenden Betreuungsplätze würde die Betreuungsquote weiter abfallen und das sei, so bezeichnen Sie das auch selbst, ein Schlag ins Gesicht aller Grazer Familien und Eltern (<https://www.krone.at/3173418>). Gleichzeitig betonten Sie und Finanzstadtrat Manfred Eber unisono, dass die Stadt mehr Kindergartenplätze brauche und forderten deshalb gemeinsam, dass die Stadt wieder selbst neue Kindergärten bauen und betreiben solle (<https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/18053695/graz-verliert-binnen-fuenf-jahre-1400-kindergartenplaetze>).*

*Nun lassen sich neue Kinderkrippen und Kindergärten nicht über Nacht bauen und der Bedarf steigt weiterhin an. Außerdem kommt es immer wieder vor, dass bestehende Gruppen geschlossen werden, was auch zu einer Verknappung des Angebots beiträgt. Aufgrund der Dringlichkeit zur Schaffung neuer Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen im Grazer Stadtgebiet drängt sich eben die Frage auf, welche Räumlichkeiten derzeit überhaupt verfügbar sind. So gibt es beispielsweise in Fölling - im gleichen Gebäude, wo sich die GiP-Kinderkrippe "Mariatroster Straße" befindet - einen Edelrohbau, der zur Nutzung als Kindergarten vorgesehen ist. Dem Erbauer zu Folge gab es für diesen Kindergarten bereits vor vier Jahren eine Förderzusage des Landes Steiermark, wofür auch eine Bedarfserhebung durchgeführt wurde. Zudem gab*

*es bereits eine Übereinkunft mit GiPs zur Inbetriebnahme, doch wurde dort bis heute kein Kindergarten eröffnet.*

*Deshalb stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion gemäß § 16a der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat folgende*

**Frage**

*an Stadtrat Kurt Hohensinner:*

*Warum wurden die in Fölling vorgesehenen Räumlichkeiten für einen Kindergarten bis heute nicht genutzt, obwohl ein dringender Bedarf an Kindergartenplätzen besteht?*

**Stadtrat Hohensinner:**

Lieber Philipp, ich darf dir abermals das Du-Wort anbieten, weil du mich gerade gesiezt hast. Aber bitte, bevor ich antworte, möchte ich ganz kurz die Gelegenheit nützen, um einige Persönlichkeiten zu begrüßen. Zum einen Sepp Stiger und Team vom Burgverein Gösting, herzlich willkommen. Und auch die Göstinger Seniorenbundobfrau Brigitta Stockmaier.

Und jetzt, Philipp, natürlich beantworte ich deine Frage, weil ich weiß, du bist ein Kämpfer auch für die Bildung, für die Kinderbetreuung, danke, da haben wir schon einiges gemeinsam auf Schiene gebracht.

Die Antwort ist relativ einfach. Zum Zeitpunkt dieser Antragstellung hatten wir in Mariatrost einfach ganz hohe Versorgungsgrade und zur selben Zeit haben gemeinnützige Träger in anderen Bezirken Projekte eingereicht, deswegen hatten diese Projekte dann den Vorrang. Aber jetzt hat sich ja alles geändert. Es gibt gesetzliche Änderungen, die die Qualität der Kinderbetreuung und der Bildung steigern, die Herabsetzung der Gruppenhöchstzahlen, das stellt uns aber natürlich vor

die Herausforderung, dass wir massiv ausbauen müssen. Du hast das eh schon angerissen, wir werden bis 2027 zusätzlich 66 Gruppen brauchen, damit wir den derzeitigen Versorgungsgrad halten können, also das wird eine gewaltige Anstrengung erfordern und deshalb werden wir städtisch ausbauen müssen und auch gemeinnützig private Gruppen aufnehmen. Bei den Städtischen haben wir gerade drei Gruppen, die wir errichten in der Prochaskagasse. Die würden wir auch schon im Herbst aufsperrern können, hätte die Koalition dieses Projekt nicht blockiert, um ein halbes Jahr. Jetzt können wir es im nächsten Jahr im Herbst aufsperrern, aber das ist Gott sei Dank auf Schiene, und wir werden in den nächsten Jahren, weil die Anzahl von 66 Gruppen, werden wir nicht als Stadt alleine stemmen können. Wir werden auch die Gemeinnützigern auf unserer Seite brauchen, aber auch dafür braucht es eine große Budgetanstrengung. Bisher habe ich dieses Geld ja nicht im aktuellen Budget eingestellt bekommen, aber ich glaube, das haben wir in der letzten Gemeinderatssitzung ausgiebig diskutiert, dass wir über den Bund, über die Zukunftsmilliarde € 9.370.000,00 nach Graz bekommen. Und da ist ja noch immer mein Wunsch gegeben, dass wir dieses Geld zusätzlich zum bestehenden Budget eingestellt bekommen. Und keine Sorge, wir haben ja auch, ich glaube, durch einen Zusatzauftrag von dir den Auftrag erhalten, dass wir bis März oder April ein Konzept auch dem Gemeinderat vorstellen sollen, in welchen Bezirken, welche Projekte, welche Ausbaumöglichkeiten gegeben sind. Die Abteilung prüft gerade alle bestehenden Kindergärten, wo wir ausbauen können. Wir sind in Kontakt mit allen Trägern, dass wir diese Anstrengung gemeinsam bewerkstelligen können. Und auch mit dem angesprochenen Projekt werden wir ein Gespräch aufnehmen.

Gemeinderat **Pointner**:

Vielen Dank für das Du-Wort, ich benutze hier das Sie-Wort, als Würde vor dem Plenum und vor dem Amt. Für mich ist das Du-Wort nur etwas Privates und werde

deshalb höflicherweise beim Sie bleiben, aber eher als Respektsbezeugung. Ja, das ist ein positives Signal, Fölling kann offensichtlich hoffen.

Ich hätte eine Zusatzfrage dahingehend, weil es mir um die schon bestehenden Räumlichkeiten geht, wenn ihr schon im Amt beim Evaluieren seid und das Ganze erhebt, was zur Verfügung steht, dann würde ich als Zusatzfrage stellen: Sind Sie bereit, im Zuge dieser Evaluierung dem Bildungsausschuss eine Auflistung und Evaluierung aller potenziellen schon existierenden Räumlichkeiten vorzulegen, damit da Klarheit herrscht, wo der Baubedarf ist und auf welches Potenzial man eigentlich sinnvollerweise zurückgreifen kann, in Klammer.

Stadtrat **Hohensinner**:

Also bestehende Räumlichkeiten seitens der Liegenschaften der Stadt Graz, da muss ich Sie enttäuschen - aus Respekt vor den Gemeinderäten natürlich. Da haben wir schon ziemlich alles ausgeschöpft, aber wir werden einfach alle Liegenschaften prüfen und wenn wir diese Liste haben, werden wir das natürlich gerne vorlegen, aber ich möchte auch noch einmal sagen, dass es mir wichtig ist, was auch vom Gemeinderat angeregt wird und auch was von Ihnen angeregt wird, deswegen habe ich heute auch schon vor der Gemeinderatssitzung mit dem Herrn Pichler telefoniert, der ja verantwortlich ist für Fölling und wir haben schon einen Termin vereinbart. Also, mit Hochdruck müssen wir alles daran setzen, dass wir die Plätze, die wir jetzt verlieren, durch die Qualitätsverbesserung, durch die geringere Gruppenanzahl, dass wir das kompensieren, weil vor einigen Jahren sind noch die Pädagoginnen und Betreuerinnen auf der Straße unterwegs gewesen. Wenn wir es nicht schaffen, allen berufstätigen Eltern einen Betreuungsplatz anzubieten, dann werden bald die Eltern auf der Straße stehen und das von uns einfordern, also von mir gibt es da Hochdruck. Ich ersuche aber noch einmal die Koalition ausdrücklich, das notwendige Budget bereitzustellen.

**6.3 Frage 3: Umzug und Neugestaltung der politischen Büros (GR Wagner, FPÖ, an Bgm Kahr, KPÖ)**

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Als nächstes ist Herr Gemeinderat Wagner, er stellt seine Frage an mich und ich darf den Vorsitz an die Frau Vizebürgermeisterin übergeben.

**Vorsitzwechsel – VizeBgm Mag. Schwentner übernimmt den Vorsitz (12.44 Uhr)**

Gemeinderat **Wagner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Mitglieder des Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich werde da jetzt ein bisschen Zeit einholen, dass auch möglichst viele Fragesteller drankommen, und zwar geht es um den Umzug und Neugestaltung der politischen Büros, Stadtratbüros, auch ihres Büros, das ja nach der Wahl im September 2021 dann notwendig war und wo es zum großen Umzug und Umbau gekommen ist. Die schlichte

**Frage**

ist, sind jetzt zweieinhalb Jahre später diese Arbeiten abgeschlossen?

**Originaltext der Anfrage:**

*Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!*

*Nach der Gemeinderatswahl im September 2021 haben sich nicht nur die politischen Verhältnisse, sondern auch die Räumlichkeiten der politischen Büros geändert.*

*Dies hatte zur Folge, dass es zum Umzug und zur Neugestaltung der politischen Büros gekommen ist. Betroffen waren die Büros der Bürgermeisterin, der Bürgermeisterstellvertreterin sowie die Stadtratsbüros und Klubbüros.*

*Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, nachstehende*

**Anfrage**

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates*

*der Landeshauptstadt Graz:*

*Sind die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Umzug und der Neugestaltung diverser politischer Büros bereits abgeschlossen?*

**Bürgermeisterin Kahr:**

Ja, lieber Herr Gemeinderat, ich kann es auch ganz kurz machen, damit andere Fragesteller drankommen, die sind im letzten Jahr abgeschlossen worden. In meinem Büro waren sie sowieso innerhalb weniger Wochen abgeschlossen, weil es nicht so viel gegeben hat, was zum Erneuern war. Wir haben ausgemalt, wir haben vier Lampen gewechselt und wir haben ausmalen lassen, das ist alles.

**Vizebürgermeisterin Schwentner:**

Bitte, gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderat **Wagner:**

Ja, natürlich gibt es eine Zusatzfrage, denn dann verwundert mich schon einmal eins. Ich habe am 22. September 2022 eine Frage mit neun Punkten eingereicht, habe dann vier Monate später am 16. Jänner die Antwort erhalten im 23er Jahr, dass das noch nicht fertiggestellt ist, dass das noch nicht alles erledigt ist und somit ich dann zu einem späteren Zeitpunkt die Antworten bekomme. Dann war ich noch ein paar Monate geduldig und habe dann am 25. Mai 2023 noch einmal diese Fragen eingereicht, in der Hoffnung, Antworten zu erhalten. Das ist jetzt wieder neun Monate her, und jetzt meine Frage, in was für einem Zeitraum werden solche schriftlichen Anfragen dann bitte beantwortet?

Bürgermeisterin **Kahr:**

Ich habe das nicht auswendig gelernt, ich gebe die Sachen immer so weiter, wie ich die Rückmeldungen erhalte. Das ist meine Aufgabe und ich kann nur sagen, noch einmal, die Fragen, die Sie jetzt so gestellt haben, die Arbeiten sind letztes Jahr endgültig im Sommer 2023 abgeschlossen worden. Bei allen Klubs, Stadtratbüros waren die letzten Arbeiten im Sommer 2023. Sie können gerne selbstverständlich detailliert von Herrn Ledl auch die Aufstellung bekommen, aber sie müssen immer, das ist nicht so einfach, weil die Kollegen im Haus sagen uns ja oft selbst, dass notwendige Handlungsmaßnahmen sind, wenn Gefahr im Verzug ist. Die haben zum Beispiel die Umsiedlung und auch die Neubesetzung von Büros genau dafür auch genutzt und das auseinanderzudröseln, weil ich habe Ihre Fragen da ja nicht auswendig im Kopf mehr, was Sie damals alles gestellt haben, aber das lässt sich alles beantworten. Dafür werde ich auch gerne sorgen, selbstverständlich.

***Vorsitzwechsel – Bgm Kahr übernimmt den Vorsitz (12.48 Uhr)***

**6.4 Frage 4: StVO Novelle zu Tempo 30 in Städten und Gemeinden (GR Lohr, parteilos, an VzBgm Schwentner, Grüne)**

Gemeinderat **Lohr**:

Hoher Gemeinderat, sehr verehrte Zuhörer, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister. Im Sommer 2024 soll jetzt aus Ihrer Sicht endlich diese Reform zur Straßenverkehrsordnung in Kraft treten, die die Einführung von 30 km/h-Zonen im Ortsgebiet ermöglichen soll oder erleichtern. Das Klimaschutzministerium rührt dafür schon eifrig die Werbetrommel, obwohl die Begutachtungszeit noch läuft und die Öffentlichkeit noch Zeit hat, Stellungnahmen zum Entwurf abzugeben. Laut Medienberichten freuen Sie sich, Frau Vizebürgermeisterin, bereits über diese zusätzlichen Handlungsmöglichkeiten und haben bereits drei Vorrangstraßen für eine künftige Temporeduktion auf 30 km/h genannt. Das Limit würde dann natürlich auch Radfahrer und den öffentlichen Verkehr betreffen. Ja, viele Grazer Verkehrsteilnehmer beklagen aber jetzt schon, dass sie in der Stadt ohnehin kaum vorankommen und fürchten dann eine exzessive Auslegung dieser kommenden STVO-Novelle. Österreichweit sprechen sich übrigens in einer Umfrage nur rund 20% der Teilnehmer für ein Tempolimit von 30 km/h in Städten aus. Deshalb geht die

**Anfrage,**

auf welchen Straßen planen Sie mittels der bevorstehenden STVO-Reform eine Temporeduktion auf 30 km/h zu verordnen?

***Originaltext der Anfrage:***

*Sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreter!*

*Im Sommer 2024 soll die Reform zur Straßenverkehrsordnung in Kraft treten, die die Einführung von Tempo-30-Zonen im Ortsgebiet erleichtern soll. Das Klimaschutzministerium rührt schon eifrig die Werbetrommel für die Maßnahme, obwohl die Begutachtungszeit noch läuft und die Öffentlichkeit Stellungnahmen zum Entwurf abgeben kann. Laut Medienberichten freuen Sie sich, Frau Vizebürgermeister, über die zusätzlichen Handlungsmöglichkeiten und haben bereits drei Vorrangstraßen für eine künftige Temporeduktion auf 30 km/h genannt. Das Limit würde auch Radfahrer und den Öffentlichen Verkehr betreffen. Viele Grazer Verkehrsteilnehmer beklagen, dass sie in der Stadt ohnehin kaum vorankommen und fürchten eine exzessive Auslegung der kommenden StVO Novelle. Österreichweit sprechen sich in einer Umfrage im Jänner nur rund 20 Prozent der Teilnehmer für ein Tempolimit von 30 km/h in Städten aus.*

*Es ergeht daher an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, nachstehende*

### **Anfrage**

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates  
der Landeshauptstadt Graz:*

*Auf welchen Straßen planen Sie mittels der bevorstehenden StVO Reform eine Temporeduktion auf 30 Kilometer pro Stunde zu verordnen?*

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Danke für die Frage und ich freue mich, wenn ich da einiges vielleicht ein bisschen richtig stellen kann in dem, wie Sie es aufgenommen haben. Ich freue mich tatsächlich,

dass es die STVO-Novelle gibt. Wir wissen, dass die aus heutiger Sicht erst im Sommer 2024 in Kraft treten wird, jetzt ist sie in Begutachtung.

Das Zweite ist, wir freuen uns deswegen, weil wir als Stadt Graz ja Vorreiterstadt sind.

Wir haben seit 1992 Tempo 30 auf unseren Straßen, außer auf den Vorrangstraßen.

Insofern gibt uns die STVO-Recht, dass es wichtig ist, dass in den Städten die Sicherheit vorgeht. Die Sicherheit nämlich von Kindern und älteren Menschen. Genau darum geht es jetzt auch in dieser STVO-Novelle.

Wir wissen, dass die Zahl von Unfällen mit Personenschaden bei Einführung in Graz um 25% zurückgegangen ist, um 25%. Auch die Unfallschwere hat sich erheblich reduziert.

Es geht also in dieser STVO-Novelle in erster Linie um die Sicherheit und um

Handlungsmöglichkeiten, die wir bekommen, direkt in den Städten das umzusetzen.

Die konkreten Auswirkungen der STVO-Reform haben Sie gefragt in Bezug auf Graz. Es

geht darum, das Schutzbedürfnis zu erhöhen, und das macht es den Städten künftig

leichter. Sie werden es wissen, wenn Sie sich damit beschäftigt haben. Früher ist

daringestanden, war im Gesetz drinnen, dass eine Temporeduktion aus

Verkehrssicherheitsgründen erforderlich sein muss. Das war immer mit Gutachten und

erheblichem bürokratischem Aufwand verbunden. Jetzt muss die Behörde, also nicht

die Politik, die Behörde nachweisen, ob die Höchstgeschwindigkeit verordnet werden

kann mit 30, wenn sie geeignet ist, die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Und damit ist

ein besonderes Schutzbedürfnis definiert in diesem Gesetz. Es geht nämlich um

Bereiche vor Gebäuden und Orten, die vorrangig von Kindern, Jugendlichen, Älteren,

alten Menschen oder Menschen mit Behinderungen frequentiert werden. Also das

sind Schulen, Kindergärten, Freizeiteinrichtungen, Krankenhäuser,

Senioreneinrichtungen. Also es geht ganz erheblich um ein Instrument, die

Verkehrssicherheit und die Sicherheit von den genannten Personen im städtischen

Raum zu erhöhen.

Wir haben mit dem Straßenamt in Erfahrung gebracht, dass sobald die

Straßenverordnung in Kraft tritt, werden in Graz in einem ersten Schritt alle

Kindergärten, die an Vorrangstraßen liegen und vor denen derzeit Tempo 50 gilt, systematisch überprüft. Das sind insgesamt ungefähr 40 Kindergärten im Grazer Stadtgebiet, die an Vorrangstraßen liegen und geeignet scheint, also auf den ersten Blick jetzt, ungefähr 30 Kindergärten zu betreffen, wo wir die Verkehrssicherheit für kleine Kinder erheblich verbessern können, wenn wir dort Tempo 30 einführen würden. Aber das ist noch alles sehr theoretisch, weil das wird dann geprüft, wenn die Novelle in Kraft tritt.

Gemeinderat **Lohr**:

Ja, dann danke ich einmal für die Beantwortung und möchte auch noch kurze Anmerkung machen. Dort, wo die Unfallhäufigkeit groß ist, ja, das werden wir auch unterstützen. Da klingt jetzt aber die Anzahl von 30 sehr hoch, dann haben wir dann eh bald jede Vorrangstraße weg aus dem Stadtgebiet und es gibt ja dann Zeiten während der Schulzeit. Das kann natürlich sein, dass das zwischen 8 bis 12 Uhr Sinn macht, aber an den Tagesrandzeiten oder in der Nacht, wo dann maximal noch die Taxis herumfahren, die dann auch mit 30 km herumkriechen müssen, also da fürchte ich dann schon, dass das vielleicht zu überzogen ist. Jedenfalls, ich werde das weiter beobachten und dann schauen wir einmal, wie diese STVO-Novelle in Kraft tritt und welche Stellungnahmen noch eintreffen. Dankeschön.

#### **6.5 Frage 5: Burgruine Gösting (GR Huber, ÖVP, an StR Eber, KPÖ)**

Gemeinderat **Huber**:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Herr Obmann Stiger, schön, dass Sie mit dem Burgverein heute unserer Einladung gefolgt sind und der Fragestunde beiwohnen.

Meine Frage betrifft ein beliebtes Ausflugsziel in Graz, nämlich die Burgruine Gösting. Da wurde ja mit 30. November 2023 der Pachtvertrag mit dem derzeitigen Besitz aufgekündigt, leider ohne einen weiteren Plan der Koalition, wie dieses Wahrzeichen für die Grazer Bevölkerung benutzbar gemacht werden soll, und wir waren ja gemeinsam am 26. Oktober 2022 beim Besuchertag auf der Ruine. Da haben wir ja gesehen, dass es wirklich ein ganz, ganz großes Interesse gibt in der Grazer Bevölkerung, dass wir dieses Wahrzeichen erhalten und zugänglich machen. Aufgrund dieser Eindrücke stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

**Frage:**

Gibt es seitens der Koalition Pläne, gemeinsam mit den Nachkommen von Hubert Auer die Burggrüne zu revitalisieren und für die Bevölkerung in naher Zukunft zugänglich zu machen?

***Originaltext der Anfrage:***

*Sehr geehrte Herr Stadtrat!*

*Die Burgruine Gösting war und ist ein beliebtes Ausflugsziel für viele Grazerinnen und Grazer. Beeindruckend war vor allem der Besucherandrang am 26. Oktober 2022, wo tausende Besucher die Gelegenheit wahrgenommen hatten und die Ruine besuchten. Leider passierte nach diesem Tag seitens der Stadt nichts mehr, um die Burgruine für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Mit 30. November 2023 wurde der Pachtvertrag mit dem derzeitigen Besitzer aufgekündigt, ohne einen weiteren Plan vorzulegen, wie dieses Wahrzeichen für die Grazer Bevölkerung nutzbar gemacht werden soll.*

*Nach dem Tod von Herrn Hubert Auer geht die Ruine an seine Nachkommen über. Hier besteht in der Bevölkerung natürlich die Hoffnung, dass man zu einer neuen Einigung kommt und die Ruine endlich revitalisiert und wieder geöffnet wird.*

*Aus diesem Grund stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende*

**Frage:**

*„Gibt es von Ihrer Seite Pläne, gemeinsam mit den Nachkommen von Herrn Hubert Auer die Burgruine zu revitalisieren und der Bevölkerung in naher Zukunft zugänglich zu machen?“*

**Stadtrat Eber:**

Ja, lieber Herr Antragsteller, Fragesteller in dem Fall, ich habe in dem Fall leider noch keine neuen oder neueren Informationen, seit wir uns das letzte Mal im Gemeinderat unterhalten haben. Du hast richtigerweise gesagt, der Vertrag ist gekündigt worden. Das hat sich zeitlich ja mehr oder weniger überschneiden mit dem Ableben des Herrn Auer, der ja der Eigentümer dort ist. Es ist jetzt so, dass der Nachlass, der ja in dem Fall ein bisschen komplizierter zu regeln ist, wahrscheinlich noch nicht abgeschlossen ist. Die Verlassenschaft, also die Regelungen, müssen erst getroffen werden. Von daher wissen wir jetzt zum jetzigen Zeitpunkt ja nicht, wer dann unser Ansprechpartner ist. Von daher hat es jetzt auch noch keine weiteren Gespräche gegeben.

Gemeinderat **Huber**:

Vielen Dank, also kann ich es so verstehen, dass es von dir durchaus die Bestrebung gibt, wenn diese Frage geklärt ist, gemeinsam mit dem Burgverein zu einer Lösung zu kommen, dass wir dieses Wahrzeichen wieder für die Grazer Bevölkerung eröffnen?

Stadtrat **Eber**:

Also grundsätzlich kann ich sagen, der Pachtvertrag mit Herrn Auer damals seitens der Stadt ist unmittelbar am Tag oder zwei Tage nach der letzten Gemeinderatswahl abgeschlossen worden. Was wir dann mit einem, ich würde so sagen, mit einem lachenden und einem weinenden Auge gesehen haben. Lachend natürlich oder das Positive dabei war natürlich, dass wir die Möglichkeit haben, diese Burg zu nutzen. Der Nachteil war natürlich, dass der Vertragsinhalt so gestaltet war, dass er zum Nachteil der Stadt Graz aus unserer Sicht zumindest geführt hat. Das heißt, wir hätten es da mit sehr großen notwendigen Investitionen zu tun gehabt, die wir bis 2026, 2027, ich habe es jetzt nicht genau im Kopf, zu stemmen gehabt hätten.

Von daher haben wir diese Vertragskündigung dann ja auch durchgeführt. Aus meiner Sicht ist es so, dass wir selbstverständlich auch über diese Kündigung hinaus bereit sind, Gespräche zu führen mit den Erben. Dann, wenn wir da eine Lösung finden, würde mich das natürlich auch persönlich sehr freuen, wenn wir die Burg wieder zugänglich machen könnten.

**6.6 Frage 6: Kulturstrategie 2.0 (GR Aygan-Romaner, Grüne, an StR Riegler, ÖVP)**

Gemeinderätin **Aygan-Romaner**:

Lieber Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, auch heute so viele auf der Galerie und auch online im Stream.

Ich war ja am 31.01. wieder Gast beim Kulturdialog. Der zweite, den ich miterleben konnte, und im Literaturhaus unter anderem wurde in diesem Kulturdialog über die Kulturstrategie 2.0 geredet, beziehungsweise diese wurde vorgestellt. Die Kulturstrategie 1.0 wurde 2018 entwickelt, beziehungsweise publiziert und gilt als Living Document.

Ich habe nur bemerkt, als das vorgestellt wurde mit den fünf Handlungsfeldern in der neuen Kulturstrategie, dass im Publikum relativ viel Erstaunen zu beobachten war.

Danach, in den Gesprächen, die nach der Vorstellung quasi im Afterevent geführt habe, war das wirklich so, dass viele bestätigt haben, das war sehr neu für sie.

Natürlich, ich war im Kulturausschuss bzw. die Kulturbeiratsmitglieder wissen das, weil sie das entwickelt haben, aber im Publikum bzw. unter den Kulturakteurinnen ist das offenbar dieses Vorhaben nicht so richtig durchgedrungen gewesen.

Daher stelle ich dir die folgende

**Frage,**

lieber Günter: In welcher Form und wann wirst du die Kulturszene über die Details zum Prozess zur Erarbeitung der Kulturstrategie 2.0 und hier insbesondere über die Auswahl der Personen aus dem Kreis der Kulturakteurinnen für den Partizipationsprozess, der ja auch angekündigt wurde, dass die Kulturakteurinnen da mitarbeiten können, informieren.

***Originaltext der Anfrage:***

*Sehr geehrter Herr Kulturstadtrat, lieber Günter!*

*Am 31. Jänner 2024 fand im Literaturhaus ein Kulturdialog der Stadt Graz statt. Der Kulturdialog wurde als öffentliche Sitzung des Kulturbeirates abgehalten. Schwerpunkt des Abends war die in Aussicht gestellte Ausarbeitung der Kulturstrategie 2.0. und die Vorstellung der „Handlungsfelder“. Im Publikum saßen viele Kulturakteur:innen, die mehrheitlich ziemlich überrascht waren, dass dieses Vorhaben bislang noch gar nicht zu ihnen durchgedrungen war.*

*Daher stelle ich an Dich folgende*

**Frage:**

*In welcher Form und wann wirst Du die Kulturszene über die Details zum Prozess zur Erarbeitung der Kulturstrategie 2.0 und hier insbesondere über die Auswahl der Personen aus dem Kreis der Kulturakteur:innen für den Partizipationsprozess informieren?*

**Stadtrat Riegler:**

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Zeynep, ich war ehrlich gesagt ein bisschen überrascht über deine Frage, weil wir waren ja beide, übrigens die Einzigen, die durchgehend dort waren. Andere Gemeinderäte sind ja dann nach einer halben Stunde schon wieder weg gewesen. Wir waren ja beide durchgehend bei diesem Kulturdialog. Für mich ist es mittlerweile, glaube ich, der sechste oder siebte gewesen. Ich darf ja schon seit April 2017 die schönste Funktion in der Stadt Graz ausüben, nämlich die des Kulturstadtrates. Und ich kann dir sagen, dass ich mich darüber gewundert habe, dass es eigentlich keine nennenswerten Irritationen und Überraschungen gegeben hat. Ich habe, nachdem die Frage über das Präsidialamt zu mir gekommen ist, mit der Heidrun

Primas, das ist die Sprecherin des Kulturbeirats, und mit dem Herrn Professor Kastberger, der stellvertretende Sprecher des Kulturbeirats ist, gesprochen. Ich habe auch selber nach Ende der Veranstaltung noch locker eine Stunde in dem Saal zugebracht und habe eigentlich so gut wie mit jedem dort Anwesenden persönlich gesprochen. Niemand außer dir hat offenbar jetzt irgendeine Irritation oder irgendeine Überraschung bemerkt. Ich kann dir aber sagen, ist ja nicht mein erster, sondern wie gesagt mein sechster oder siebter Kulturdialog, und ich habe schon ganz andere Kulturdialoge erlebt, zum Beispiel als die Frau Klubobfrau Braunersreuther letztes Jahr gesagt hat, ja, Inflationsabgeltung brauchen wir nicht, wir brauchen nur ein Hilfspaket für die hilfsbedürftigen Künstler, das hat Irritationen ausgelöst.

Oder ich kann dir sagen, es hat bei mir Irritationen ausgelöst, als die Mitarbeiter von Herrn Stadtrat Eber mir gesagt haben, ja, wenn wir mit dem Budget nicht auskommen, dann nehmen sie halt ein, zwei Produktionen weniger pro Jahr vom Opernhaus und ich kann berichten, dass es auch ziemliche Irritationen bei mir ausgelöst hat, dass der Herr Stadtrat Eber angekündigt hat, er wolle den Finanzierungsvertrag, den ich selber 2017 zum Wohle der Bühnen Graz ausverhandelt habe, kündigen.

Oder es löst bei mir laufend Irritationen aus, dass bei einer Inflation von jährlich 8 %, also bei einer Teuerung von jährlich 8 %, interessanterweise mein Kulturbudget von der Rot-Rot-Grünen-Koalition mit gerade einmal heißen 2 % erhöht wird. Also, das heißt, wenn es irgendwo wirklich Grund für Irritation gibt, liebe Frau Zeynep, dann ist es wirklich jener, dass es eigentlich in der Rot-Rot-Grünen-Koalition überhaupt kein Bewusstsein darüber gibt, über die Wichtigkeit von Kulturschaffung und Kulturproduktion.

Ich möchte aber die letzten 20 Sekunden dazu nützen, schon zu sagen, selbstverständlich ist dieser Strukturleitbildprozess, dieser Strategieprozess von langer Hand geplant. Im Kulturbeirat sitzen sind lauter honorige, vertrauenswürdige Persönlichkeiten, größtenteils aus der freien Szene. Wir haben mehrfach schon in Jahren davor in den Kulturbeiratssitzungen und auch im letztjährigen Kulturdialog

darüber berichtet. Es hat sich allerdings krankheitsbedingt dann bei Einzelnen und auch wegen der Covid-Pandemie die Erarbeitung etwas verzögert. Das heißt, es ist so gut wie jeder, der sich damit beschäftigt und der sich dafür interessiert, eigentlich informiert gewesen, dass es einen Strategieprozess gibt. Und ich glaube auch, dass es gut ist, wenn es einen Strategieprozess gibt. Ich darf jeden und jede, die sich dafür interessieren, gerne einladen, sich entweder bei mir oder bei der Frau Primas oder beim Herrn Kastberger zu melden. Bitte, jederzeit gerne mitmachen.

**Gemeinderätin Aygan-Romaner:**

Darf ich? Ein paar Anmerkungen. Lieber Günther, wenn du mit mir redest, entweder Zeynep sagen oder Frau Aygan-Romaner, Frau Zeynep, ist ein bisschen seltsam. Dann, ich habe eigentlich nicht über Irritationen geredet, sondern über Erstaunen. Erstaunen ist für mich etwas Positives. Das heißt, die Kulturakteurinnen wollen ja mit einbezogen werden. Sie sehen das positiv. Also von Irritation würde ich in keinster Weise reden. Offenbar haben wir mit unterschiedlichen Personen geredet. Also, ihr habt das ja nicht erfunden, sondern ich habe ja mit Menschen geredet und das war eben die Rückmeldung. Es ist ja gut, dass wir uns da austauschen. Offenbar reden wir mit unterschiedlichen Gruppen.

Auf meine Frage, wie dieser Partizipationsprozess aussehen wird, hast du eigentlich nicht wirklich geantwortet. Deswegen frage ich das noch einmal: Wie wird das genau aussehen und wie wird die Transparenz und Öffentlichkeit diese Entscheidungen überhaupt weitertransportiert werden?

**Stadtrat Riegler:**

Der Prozess ist ganz konkret auch bei genau dieser Veranstaltung im Detail geschildert worden. Ich kann es aber gerne auch noch einmal fürs Internet und für alle

Interessierten hier erzählen. Es wird insgesamt fünf Workshops geben, die zwischen März und Mai stattfinden. Es werden insgesamt 31 Kulturakteurinnen zu den Themen der Handlungsfelder, der kulturpolitischen Handlungsfelder eingeladen, mitzuwirken. Wir haben alle Gruppen berücksichtigt, die hier auch einzuladen sind: Migrantische, sozialinklusive, junges Publikum, wir haben den Ausbildungssektor dabei, wir haben kulturschaffenden Nachwuchs, wir haben Leute aus dem freischaffenden Bereich, wir haben Vertreterinnen großer Kulturinstitutionen, die auch sehr wichtig sind und die man nicht vernachlässigen sollte, wie Steirischer Herbst oder Schauspielhaus Graz, wir haben die Publikumsseite und wir haben auch den Tourismus und die Kreativwirtschaft eingeladen. Wie gesagt, 31 Akteurinnen, die in fünf Workshops arbeiten werden. Und selbstverständlich haben wir auch vorausdenkend, nicht erst seit heute und auch damals angekündigt, auch vor, selbstverständlich in alle politischen Klubs zu gehen. Am Schluss wird dann die Strategie auch neuerlich dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt. Also der Prozess ist eigentlich breit angelegt, aber dann doch wieder so schlank, dass er nicht bei den gegebenen Budgetrestriktionen aus dem Ufer läuft. Es wird dann eben eine öffentliche Präsentation im Gemeinderat geben und dann hoffentlich eine möglichst breite Zustimmung.

#### **6.7 Frage 7: Höhere Parkgebühren für „große“ Fahrzeuge (GR Winter, KFG, an VzBgm Schwentner, Grüne)**

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Frau Vizebürgermeisterin, von Ihnen hat man in der letzten Zeit wieder relativ schrille Töne, möchte man fast behaupten, politische Drohungen gegen PKW-Besitzer vernehmen dürfen. Ihnen scheint es egal zu sein, dass es Familien gibt, die durchaus größere PKWs brauchen. Ihnen scheint es

auch egal zu sein, dass es Menschen mit durchaus auch speziellen Bedürfnissen gibt, die auch größere PKWs brauchen. Sie fordern trotzdem, nach dem Vorbild von Paris, höhere Parkgebühren für größere Fahrzeuge. Ihnen scheint auch die individuelle Freiheit ziemlich egal zu sein, weil Menschen sollen doch selbst entscheiden dürfen, welche Autos sie kaufen und welche Resultate daraus, ja, welche Schlüsse sie selbst daraus ziehen.

Sie haben genau gleich das übliche Lied gegen SUVs angestimmt in diesem Interview. Ich weiß nicht, ob Sie sich nur mit Fahrrädern auskennen oder auch mit PKWs. Viele SUVs besitzen die Größe eines mittleren Fahrzeugs, VW Golf in der Größe, das scheinen Sie alles nicht zu berücksichtigen. Wirklich sinnvolle verkehrspolitische Maßnahmen interessieren sie scheinbar auch nicht. Nehmen wir nur einige Beispiele her: Eine klare Kennzeichnung der Parkflächen, um auch hier möglichst wenig Parkraum zu verschwenden. Wir reden über Baustellmanagement und ohnedies eine große Schwachstelle von Ihnen, wie wir wissen, wir reden über Ampel-Schaltungen, über vieles, vieles mehr, was durchaus sinnvoll und richtig wäre.

Die konkrete

### **Frage**

an Sie aber: Werden Sie von Ihrem fragwürdigen Vorhaben einer höheren Parkgebühr für größere Fahrzeuge Abstand nehmen und stattdessen wirklich unmittelbar wirksame Maßnahmen auch im Rahmen ihrer Kernaufgaben wie zum Beispiel Verkehrsfluss etc. forcieren?

### ***Originaltext der Anfrage:***

*Sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin!*

*Wieder muss man von Plänen lesen die Grazer Bevölkerung mit höheren Parkgebühren für „größere“ Fahrzeuge zu belasten. Zum Glück der Grazer Bevölkerung kann dies nicht*

*im eigenen Wirkungsbereich der Stadt umgesetzt werden. Im Zeitungsartikel wird zwar auf Familien und Menschen mit Beeinträchtigungen eingegangen (Zitat: „Das darf aber nicht Familien oder behinderten Menschen zum Nachteil gereichen.“), in der Praxis wird das jedoch keinen Unterschied machen. Denn welches Fahrzeug gebraucht wird, können nur die Betroffenen entscheiden. Dabei spielt es keine Rolle, ob man die Länge oder das Gewicht für eine derartige Regelung heranzieht, es wird immer zum Nachteil vieler sein, die auf ein Fahrzeug bestimmter Größe angewiesen sind. Zudem sollte in diesem Zusammenhang das mittlerweile zum Unwort der Klimahistorie mutierte Wort „SUV“ näher beleuchtet werden. Denn der Großteil der SUVs liegen in der Größenordnung eines VW Golfs. Auf Grund massiver Teuerungen in Bezug auf Besitz und Erhalt von Fahrzeugen, ist der Luxus eines „zu großen“ Fahrzeuges im Vergleich zum Nutzen ohnehin für die breite Masse nicht mehr möglich.*

*Wenn Sie eine gerechte Verteilung (Zitat: „Das ist eine Frage der gerechten Verteilung des enden wollenden städtischen Raums. Dass dieser Raum zu einem Gutteil mit parkenden Autos belegt wird, ist keine Zukunftslösung.“) des öffentlichen Raumes suchen, sollte Sie Ihre Augen nicht vor der Grazer Bevölkerung verschließen, die ein Fahrzeug benötigen oder auch wollen. Denn auch sie stützen mit ihren Steuern und Abgaben Ihre Grüne Politik. Aller Kritik zum Trotz, möchten wir Ihnen auch eine Alternative zu Ihrem Vorhaben anbieten, zum Beispiel in besonders von Parkplatzdruck betroffenen Gebieten, jeden Parkplatz zu markieren, um das Verschwenden von Parkraum (öffentlichen Raum) zu verhindern. Statt also die Grazer Autofahrer ständig mit Zwangsmaßnahmen in Ihr Grünes Korsett zu zwingen, sollten sie Maßnahmen ergreifen, die der Umwelt unmittelbar und nicht erst 2040 helfen.*

*Verbesserungspotential gibt es aktuell in vielen Bereichen Ihrer Zuständigkeit wie zum Beispiel im Baustellenmanagement, Ampelschaltungen, Straßenarbeiten während der Hauptverkehrszeiten, Projekte wie Unterführungen, Park&Ride Anlagen und damit einhergehende Verbesserung der Öffi Anbindung etc. Die Liste ließe sich mittlerweile*

*beliebig lang fortsetzen, stattdessen beharren Sie auf Ideologieprojekte und verursachen damit bewusst oder unbewusst Umwelt- und Klimaschädlichen Verkehr und Stau im Grazer Stadtgebiet – Grüne Politik sollte wahrlich anders aussehen.*

*Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende*

### **Anfrage**

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates*

*der Landeshauptstadt Graz:*

*Werden Sie vom Vorhaben einer höheren Parkgebühr für „größere“ Fahrzeuge Abstand nehmen und stattdessen wirklich unmittelbar wirksame Maßnahmen auch im Rahmen Ihrer Kernaufgaben wie zum Beispiel Verkehrsfluss etc. forcieren?*

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Lassen wir einmal die einigen Untergriffigkeiten, die da jetzt in ihrem Eingangstext waren, beiseite und die Kirche im Dorf.

Ich freue mich, dass wir die Möglichkeit, oder, dass ich jetzt die Möglichkeit habe, ein bisschen was klarzustellen oder zurechtzurücken und vielleicht ein paar Irritationen von Ihnen beiseitezuschieben.

Worum geht es bei der Diskussion? Ich finde, das ist eine ganz wichtige Diskussion und nichts anderes habe ich gemacht, als mich daran zu beteiligen, nämlich nach dem Vorbild, wie es in Paris, aber auch in Tübingen, Freiburg jetzt zuletzt in Koblenz passiert ist, dass in den Städten zunehmend das Thema ist, die Städte, der Platz in unseren Städten bleibt immer gleich, teilweise in Graz wächst die Bevölkerung und der

Straßenrand bleibt auch der gleiche, nur die Autos werden immer größer und wir haben jetzt teilweise wirklich Sicherheitsprobleme.

Es gibt Diskussionen mit dem Straßenamt, dass Einsatzfahrzeuge keinen Platz mehr haben, um durch enge Gassen zu fahren, wo Autos parken, weil sie zu groß und zu lang, zu breit und zu lang sind. Ich lasse mich jetzt gar nicht auf die SUV-Debatte ein, sondern es geht um große, schwere Autos in den Städten. Die Frage ist eigentlich eine der Vernunft: Brauchen wir so große, schwere Autos in den Städten oder brauchen wir den Platz und die Sicherheit nicht für alle anderen, nämlich für die Menschen, die in unserer Stadt wohnen, für die Kinder, für ältere Menschen? Ich wiederhole mich, aber ich sage es immer wieder gern, worum es mir geht: Bei großen, schweren Autos ist die Unfallschwere eine viel, viel Größere aufgrund der Wucht und der Schwere eines Autos. Wie gesagt, es geht um Einsatzfahrzeuge und es geht um den Platz, den wir brauchen im Rahmen oder im Zuge des Klimawandels. Wir erleben, dass die Plätze heißer werden. Wir müssen Bäume pflanzen. Das heißt, wir müssen den Raum, der enden wollend ist in einer Stadt, umverteilen. Nichts anderes tue ich, und das war die Diskussion, die ich geführt habe. Um auf die Frage und die erwähnte eigentliche Zuständigkeit zu kommen: Wir arbeiten an einem Mobilitätsplan. Das dürfte Ihnen nicht entgangen sein. Den haben wir hier beschlossen. Zumindest einmal die Zielsetzungen. An den Maßnahmen wird gearbeitet in einem sehr breiten Beteiligungsprozess. Die Verkehrsflüssigkeit ist nicht nur mir politisch ein riesiges Anliegen, weil das natürlich wichtig ist, dass alle Verkehrsteilnehmenden gleich gut unterwegs sein können. Aber es ist vor allem im Rahmen der STVO eine Kernaufgabe des Straßenamtes, also der Behörde in der Stadt, die Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs ständig im Fokus zu haben.

Und nur dann ist es möglich, auch politisch umzusetzen, wenn das gegeben ist, weil sonst habe ich gar nicht die Möglichkeiten.

Das ist ein sehr komplexes System von Abhängigkeiten. Wir sind da in den Verkehrsflüssen, im öffentlichen Verkehr mit Rad- und Fußverkehr, gehören dazu in

einem Ballungsraum. Wir haben sozusagen das Außerstädtische oder den über die Stadtgrenze hinausgehenden Verkehr oder das, was reinwirkt. Das Straßenamt arbeitet da eng mit der Polizei, mit dem Land, der ASFINAG, mit Bussen, Straßenbahnbetrieben zusammen, um genau das zu managen.

Danke, herzlichen Dank an dieser Stelle an alle, die sich daran beteiligen.

Was mir wichtig ist in dem Zusammenhang, ist vielleicht noch einmal zu betonen, dass 52 % aller Autofahrten in unserer Stadt kürzer sind als 6 km. Über die Hälfte aller Autofahrten. Diese Autofahrten kann man, wenn die Leute umsteigen, wenn wir die Infrastruktur schaffen, dass die Leute umsteigen, in die Straßenbahn, aufs Fahrrad, wenn sie zu Fuß gehen, die weniger Kilometer, die es natürlich können und die nicht aufs Auto angewiesen sind, wenn die umsteigen, schaffen wir es nämlich, die Flüssigkeit des Verkehrs zu verbessern. Wir schaffen es, dass die, die darauf angewiesen sind, wie Sie erwähnt haben, Menschen mit Behinderungen, Lieferverkehr, alle, die ein Auto brauchen, flüssiger vorankommen, indem wir genauso Verkehrspolitik machen, dass alle Beteiligten flüssig und sicher durch unsere Stadt kommen. Danke.

Gemeinderat **Winter**:

Werte Frau Vizebürgermeisterin, ich weiß nicht, ob Sie sich an Ihre eigenen Werbemittel noch aus dem letzten Gemeinderatswahlkampf erinnern können. Ich habe mir einen aufbehalten, habe ihn jetzt leider nicht mit, aber ich denke, Sie werden selbst auch einen aufbehalten haben. Auf Ihrer Setkarte war es schön zu lesen: Mehr Miteinander. Von diesem ganzen mehr Miteinander ist eigentlich ein mehr Gegeneinander geworden, so wie Sie die Debatte führen. Was Sie hier offen betreiben, ist, dass Sie Menschen durchaus auch politisch diskriminieren möchten, dass Sie diese diskriminierende Debatte befeuern möchten und dass Sie auch Menschen, die aufgrund ihrer individuellen Möglichkeiten und Freiheiten vielleicht zu einer anderen

Entscheidung kommen, nämlich der Autowahl, dass sie diese Diskriminierung fortsetzen. Mich würde interessieren, ob diese Diskriminierung, die sie betreiben, auch ein Teil von diesem Mehr miteinander ist, so wie Sie das verstehen.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Ich kann mich sehr gut daran erinnern, weil Verkehrspolitik ist für mich eine Politik des Miteinanders, weil Menschen gehen zu Fuß, Menschen fahren mit dem Fahrrad, Menschen sitzen in den Straßenbahnen, in den Bussen und Menschen sitzen auch in den Autos. Genau um dieses Miteinander im gesamten städtischen Raum von allen Verkehrsteilnehmerinnen, darum geht es mir und bei mir ist Verkehrspolitik eine Politik des Miteinanders.

#### **6.8 Frage 8: Stadt Graz muss den Bau eines Tierkrematoriums mitten im Siedlungsgebiet verhindern (GR Reininghaus, NEOS, an StR Eber, KPÖ)**

Gemeinderätin **Reininghaus**:

Ja, vielen Dank. Hoher Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, am Balkon und zu Hause auf den Livestreams.

In meiner Frage geht es um die geplante Errichtung eines Tierkrematoriums mitten in einem Siedlungsgebiet. Das besorgt die Leute vor Ort extrem im Moment. Der evangelische Friedhof ist ein Naturfriedhof, das heißt, man könnte hier auch ein Naturgrab errichten oder unter einem Baum begraben werden. Es ist also ein schönes, großes, grünes Areal, das 1700 Grabstätten beherbergt.

Der Plan, ein Tierkrematorium zu errichten, hat natürlich die Menschen vor Ort sehr verunsichert. Es schreibt mir zum Beispiel eine Frau, die dort vor Ort wohnt, folgendes.

Sie schreibt: Der Evangelische Friedhof mit seinen Heimgärten befindet sich inmitten eines ruhigen Wohngebietes. Würde das Krematorium tatsächlich gebaut werden, läge der Abstand zwischen dem Schlot der Verbrennungsanlage und den nächstgelegenen Einfamilienhäusern bei nur etwa 20 bis 30 Metern.

Die Lady schreibt weiter: Das wäre ja auch der große Unterschied zum Tierkrematorium in Lebring. Das ist nämlich die Betreiber GmbH, die eine Außenstelle in Graz machen wollen. Sie sind nämlich in einem Gewerbegebiet angesiedelt und überdies befinden sich die nächsten Wohnsiedlungen doch in einem ja ganz geraumen Abstand. Da das neue Krematorium in Graz natürlich auch eine Zufahrt braucht und Parkflächen, befürchte ich vor allem in den schmalen Straßen wie Amreichstraße, Grazerfeldstraße, Frühlingstraße und Pulverturmstraße ein nicht unwesentliches zusätzliches Verkehrsaufkommen. Ja, und dann geht es natürlich auch um die Versiegelung weiterer Grünflächen. Gerade diese verkehrsarmen Straßen, seien es, schreibt die Dame weiter, die hier besonders gerne von Spaziergängerinnen und Radfahrerinnen genutzt würden. Auch die Vorstellung, dass es zu Geruchsbelästigungen und zum Ausstoß von Giften kommen könne, wäre sehr besorgniserregend.

Nachdem allein in der Stadt Graz 30.000 Hunde leben, dürfte der Kremierungsbedarf bei Kleintieren bis 150 Kilo gar nicht so gering sein. Also, es werden auch Pferde verbrannt, eingeäschert, aber das soll weiterhin in Lebring bleiben. Verunsichernd ist auch, dass derzeit niemand abschätzen kann, inwieweit sich die unmittelbare Nachbarschaft zu einer Gastierkörperverbrennungsanlage, ich sage es noch einmal, Gastierkörperverbrennungsanlage, auf den Wert der Liegenschaften Auswirkungen haben wird, also Wertverluste werden hier auch noch befürchtet.

Und um die berechtigten Sorgen der Anrainerinnen aus der Welt zu schaffen, stelle ich gemäß § 16 a der Grazer Gemeinderatsordnung folgende

**Frage:**

Sehr geehrter Herr Finanzstadtrat Eber, gibt es schon ein Ergebnis zur Pachtübernahme der betreffenden Freifläche am Areal des evangelischen Friedhofs durch die Stadt Graz, um im Bezirk einen allgemeinen Erholungsraum zu sichern und um der Bitte der Bevölkerung aus Wetzelsdorf, sowie auch dem Antrag des Bezirksrats nachzukommen und so den Bau eines Tierkrematoriums inmitten eines Siedlungsgebietes zu verhindern. Danke.

**Originaltext der Anfrage:**

*Der Evangelische Friedhof, ein Naturfriedhof in der Harter Straße 92, erstreckt sich auf rund 15.000 m<sup>2</sup> und beherbergt etwa 1.700 Grabstätten*

*<https://heilandskirche.st/friedhof/friedhoeft/neuhart/> Die geplante Errichtung eines Tierkrematoriums mitten in einem Siedlungsgebiet*

*<https://grazer.at/story/de/tierkrematorium-in-graz-wetzelsdorf-sorgt-fuer-bei-tjWzKrQ2/> besorgt die örtliche Bevölkerung schon seit dem letzten Jahr. Auch der*

*Bezirksrat hat einstimmig die Verantwortungsträger der Stadt aufgefordert, den Ankauf oder die Pacht der betreffenden Freifläche zu prüfen um einen allgemeinen Erholungsraum auf einer Freifläche im Bezirk zu sichern. Diesbezüglich hat*

*Gemeinderätin Anna Hopper im letzten Dezember angeregt, eine mögliche Nutzung der Fläche als Spielplatz oder Freifläche zu nutzen*

*[https://www.graz.at/cms/dokumente/10419550\\_10696015/a6b66a5a/04\\_%C3%96VP.pdf](https://www.graz.at/cms/dokumente/10419550_10696015/a6b66a5a/04_%C3%96VP.pdf) Die Heilandskirche zeigte sich gesprächsbereit, ein Verkauf des Areals an die Stadt sei nicht geplant, eine Verpachtung denkbar.*

*Am 15.12.2023 trafen sich VertreterInnen der Stadt Graz, der Evangelischen Kirche, die Betreiber-GmbH und betroffene BürgerInnen zu einem Informationstermin, der die Befürchtungen der AnrainerInnen nicht beseitigen konnte Graz-Wetzelsdorf | Anrainer machten ihren Sorgen rund um geplantes Tierkrematorium Luft ([kleinezeitung.at](http://kleinezeitung.at)),*

*auch wenn von Kirchen u.- Betreiberseite eine Geruchs-, Umwelt- oder Verkehrsbelästigung ausgeschlossen wurden.*

*In der Zwischenzeit wurden von den AnrainerInnen 521 Unterschriften gegen das Bauvorhaben gesammelt, die auch schon eingereicht wurden.*

*Eine Bewohnerin vor Ort beschreibt in einem Brief die örtlichen Gegebenheiten und die Sorgen der Leute konkreter: „Der Evangelische Friedhof mit seinen Heimgärten befindet sich inmitten eines ruhigen Wohngebietes. Würde das Krematorium tatsächlich gebaut werden, läge der Abstand zwischen dem Schlot der Verbrennungsanlage und den nächstgelegenen Einfamilienhäusern bei nur etwa 20 bis 30 Metern.*

*Das wäre auch der große Unterschied zum Tierkrematorium in Lebring, das in einem Gewerbegebiet angesiedelt ist und sich in großer Entfernung zur nächsten Wohnsiedlung befindet. Da das neue Krematorium in Graz natürlich auch eine Zufahrt und Parkflächen errichten müssen wird, befürchte man vor allem in der schmalen Amreichstraße, der Grazerfeldstraße, der Frühlingsstraße und der Pulverturmstraße ein zusätzliches Verkehrsaufkommen und die Versiegelung weiterer Grünflächen. Gerade diese verkehrsarmen Straßen seien es, die hier besonders gerne von SpaziergängerInnen und RadfahrerInnen genutzt würden. Auch die Vorstellung, dass es zu Geruchsbelästigungen und zum Ausstoß von Giften kommen könnte, wäre besorgniserregend. Nachdem allein in der Stadt Graz 30.000 Hunde leben*  
[https://www.google.com/search?q=tierhaltung+stadt+graz+2023&client=firefox-bd&sca\\_esv=22023dca0c0c277d&ei=HxPKZbLVAbnxc8PpoWFWA0&ved=0ahUKEwjy4JDS6qWEAxU5cfEDH aZCA d gQ4dUDCBA&uact=5&oq=tierhaltung+stadt+graz+2023&gs\\_lp=Egxnd3Mtd2l6LXNlcnAiG3RpZXJoYWx0dW5nIHNOYWR0IGdyYXogMjAyMzIIEAAYgAQYogQyCBAAGIkFGKIESOfcAVA AWMvBAXAAeACQAQCYAZoBoAHHMKoBBTI1LjM0uAEDyAEA-AEBwgIKECEYChigARjDBOIDBBgAIEE&sclient=gws-wiz-serp](https://www.google.com/search?q=tierhaltung+stadt+graz+2023&client=firefox-bd&sca_esv=22023dca0c0c277d&ei=HxPKZbLVAbnxc8PpoWFWA0&ved=0ahUKEwjy4JDS6qWEAxU5cfEDH aZCA d gQ4dUDCBA&uact=5&oq=tierhaltung+stadt+graz+2023&gs_lp=Egxnd3Mtd2l6LXNlcnAiG3RpZXJoYWx0dW5nIHNOYWR0IGdyYXogMjAyMzIIEAAYgAQYogQyCBAAGIkFGKIESOfcAVA AWMvBAXAAeACQAQCYAZoBoAHHMKoBBTI1LjM0uAEDyAEA-AEBwgIKECEYChigARjDBOIDBBgAIEE&sclient=gws-wiz-serp)  
*könnte der Kremierungsbedarf bei Kleintieren bis 150 kg vermutlich auch gar nicht gering ausfallen. Verunsichernd ist auch, dass derzeit niemand abschätzen kann,*

*inwieweit sich die unmittelbare Nachbarschaft zu einer Gas-Tierkörper-Verbrennungsanlage auf den Wert der Liegenschaften auswirken wird (Wertverlust)“.*

*Um die berechtigten Befürchtungen der AnrainerInnen aus der Welt zu schaffen, stelle ich gemäß § 16a der Grazer Gemeinderatsordnung folgende*

### **Frage**

*Sehr geehrter Herr Finanzstadtrat Eber,*

*gibt es schon ein Ergebnis zur Pachtübernahme der betreffenden Freifläche am Areal des Evangelischen Friedhofes durch die Stadt Graz, um einen allgemeinen Erholungsraum zu sichern und der Bitte der Bevölkerung aus Wetzelsdorf sowie dem Antrag des Bezirkrates nachzukommen und so den Bau eines Tierkrematoriums inmitten eines Siedlungsgebietes zu verhindern?*

**Stadtrat Eber:**

Danke Sabine für die Frage. Ich habe gedacht, ich habe das schon beantwortet, aber das war doch die Frage von der Kollegin Anna Hopper, die eine ähnliche Frage gestellt hat.

Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, dass wir hier eine Widmung haben auf dem Areal, Freiland mit Sondernutzung Friedhof und das bedeutet, dass grundsätzlich alle Vorhaben dort verwirklicht werden können, die in diese Widmung hineinpassen.

Für den Fall, dass also ein Vorhaben auf einer solchen Sondernutzungsfläche eingereicht wird, sind neben der Erfüllung der bautechnischen Erfordernisse mittels Gutachten natürlich auch immer die Übereinstimmung des Vorhabens eben mit dieser Sondernutzung zu überprüfen. Allenfalls sind dann natürlich auch Abluft- und

lärmetechnische Gutachten, überhaupt Immissionen, was du auch angesprochen hast, einzuholen und gegebenenfalls auch eine verkehrstechnische Beurteilung vorzunehmen.

Grundsätzlich gilt natürlich, dass die Baubehörde bei Vorliegen sämtlicher Genehmigungsvoraussetzungen die Baubewilligung zu erteilen hat. Das bedeutet natürlich auch, dass von politischer Seite hier dann auch kein Einfluss mehr genommen werden kann, darf und soll.

Was die Abtretung einer Fläche des evangelischen Friedhofs an die Stadt Graz betrifft, also einer Pacht beispielsweise, ja, es hat hier Gespräche gegeben, es hat sich allerdings auch herausgestellt, dass die Heilandskirche kein Interesse an einer Verpachtung oder einem Verkauf von eigenen Flächen hat, weil sie sagt, sie braucht es zur Eigennutzung.

**Gemeinderätin Reininghaus:**

Das ist mir neu, mein letzter Stand war, dass sie sehr wohl an einer Verpachtung interessiert gewesen wäre, nicht an einem Verkauf an die Stadt Graz. Ich möchte noch einmal für alle zusammenfassen, es geht um 1000 Quadratmeter und was ich auch noch anführen möchte, ist, wenn das gewidmet ist für einen Friedhof und es ist auch geplant, einen Tierfriedhof zu errichten und daneben halt gleich die Verbrennungsanlage, ist eh praktisch und wir brauchen das auch. Aber bitte nicht mitten in der Stadt. Aber das ist doch nicht für ein Krematorium gewidmet und darum denke ich, dass da noch sehr viel diskutiert werden wird, das glaube ich. Ich glaube, das gehört nicht mitten in die Stadt, also ich habe nichts gegen Tierkrematorien, habe selber ein Tier, möchte das auch in Würde bestatten können, ja, aber nicht in ein Wohngebiet, bitte.

Stadtrat **Eber**:

Wie du sagst, es gibt natürlich das Anliegen von vielen Tierbesitzerinnen und Besitzern, dass sie das entsprechend würdevoll bewerkstelligen können und wollen. Es ist auch so, dass wir am Zentralfriedhof auch ein Krematorium haben, also für menschliche Verbrennung, und auch dort gibt es keinerlei Beschwerden eigentlich von den Anrainern, was Lärm, was Abgase, Abluft und so weiter anbelangt. Also, ich glaube, dass man das heutzutage technisch schon so weit auch im Griff hat, dass es da zu keinen Belästigungen kommt. Ein Wort vielleicht noch, weil du gesagt hast, weil du auch den Verkehr angesprochen hast. Ja, natürlich werden da fallweise welche zusätzlich zufahren, als das jetzt der Fall ist, aber nach den bisherigen Einschätzungen, die ich mitbekommen habe, also haltet sich das in sehr überschaubaren Grenzen. Also, da ist kein Massenverkehrsaufkommen, sozusagen, zu erwarten.

**6.9 Frage 9: Tiefgarage am Andreas-Hofer-Platz (GR Piffli-Percevic, ÖVP, an Vizebürgermeisterin Schwentner, Grüne.**

Gemeinderat **Piffli-Percevic**:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung und Gemeinderat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

In der letzten Gemeinderatssitzung bereits war unsere Clubobfrau Daniela Gmeinbauer mit der Frage hier an diesem Pult an unsere Verkehrsstadträtin, Vizebürgermeisterin Mag. Judith Schwentner, und zwar im Zusammenhang mit den Meldungen in der Kronen Zeitung aus dem Dezember, dass es erhebliche Schwierigkeiten gibt hinsichtlich der Wiedereröffnung, der baldigen Wiedereröffnung der Garage, am Andreas Hoferplatz. Du hast der Verkehrsstadträtin Entwarnung gegeben. Du hast gesagt, da weiß jeder Bescheid, das sei geklärt. Nunmehr ist neuerlich über dasselbe

Medium am 10. Februar wieder die Meldung gekommen: Erneut verschoben. Dahinter stehen auch mögliche Schuldzuweisungen, man kann sich hier in der Öffentlichkeit kein klares Bild machen. Die

### **Frage**

ganz konkret ist: Was veranlasst dich zu dieser Gelassenheit, die wahrnehmbar war bisher, angesichts einer doch nicht uninteressanten und möglicherweise auch kostenrelevanten Klage, die im Raum steht. Bitte dich um eine Antwort.

#### ***Originaltext der Anfrage:***

*Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!*

*Die Neu-Eröffnung der Tiefgarage am Andreas-Hofer-Platz und die damit verbundenen Schwierigkeiten waren nun schon mehrmals Thema in diesem Gemeinderat. So auch in der letzten Sitzung als Clubobfrau Daniela Gmeinbauer einen Bericht der Kronen Zeitung vom 18.12.2023 mit dem Titel „Klage gegen Stadt? Wirbel um Baustelle am Andreas-Hofer-Platz“ thematisierte und von Ihnen wissen wollte, wie mit im Raum stehenden Schadenersatz-forderungen in Millionenhöhe umgegangen werde. Sie antworteten, dass weder gegenüber der Stadt Graz, noch der Holding Graz Schadenersatz-forderungen oder Klagen vorliegen würden. Der Betreiber sei umfassend informiert worden, er wisse „eigentlich Bescheid“. Nach dieser Entwarnung konnte man am 10.2.2024 in der Kronen Zeitung unter dem Titel „Grazer Garagen-Eröffnung erneut verschoben“ lesen, dass es wegen eines während des Schienenbaus zugeschütteten Fluchtwegs eine neue gewerberechtliche Genehmigung brauche, um die Garage zu eröffnen.*

*Aus den diversen Artikeln zu diesem Thema wird ersichtlich, dass es offen-sichtlich unterschiedliche Sichtweisen der Schuldfrage für die neuerliche Verzögerung der Garagenöffnung gibt.*

*Aus den dargestellten Gründen stelle ich Ihnen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, folgende*

**Frage:**

*„Welcher juristische Hintergrund veranlasst Sie zu Ihrer demonstrativen Gelassenheit gegenüber einer medial im Raum stehenden Millionenklage gegenüber der Stadt durch den Garagenbetreiber?“*

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Werte Herr Gemeinderat Piffli-Percevic, wie auch in der letzten Gemeinderatssitzung, beantworte ich gern abermals die Frage und zitiere da aber jetzt wirklich die zuständigen aus der Stadtbaudirektion und der Holding, die diese Frage wie folgt beantworten: „Wie schon mehrmals dem Gemeinderat dargelegt, obliegen die Sanierungsarbeiten an der Andreas-Hofer-Platz Tiefgarage und damit auch die Verantwortlichkeit für die Wiederbetriebnahme dieser, ausschließlich der Bestandsnehmerin der Tiefgarage. Die Baumaßnahmen für die Straßenbahn-Innenstadtentlastung finden im gesamten Streckenabschnitt auf öffentlichem Gut statt und sind sämtliche Baumaßnahmen, sohin auch der Abbruch des Fußgängertunnels von der Albrechtgasse zur Tiefgarage, eisenbahnrechtlich genehmigt. Ergänzend ist auszuführen, dass nach dem Bestandsvertrag betreffend die Tiefgarage aus dem Jahr 1965 die Stadt Graz bei Straßenveränderungen keine Haftung für allfällige geschäftliche Beeinträchtigungen des Tiefgaragenbetriebs trifft. § 8 letzter Absatz.

Ebenso ist im Bestandsvertrag ausdrücklich geregelt, dass die Bestandnehmerin verpflichtet ist, sämtliche für den ordnungsgemäßen, rechtskonformen Betrieb der Tiefgarage erforderlichen Genehmigungen auf ihre Kosten einzuholen und umzusetzen. Darüber hinaus ist die Bestandnehmerin gemäß § 7 des Bestandsvertrages auch verpflichtet, alle erforderlichen Vorkehrungen und Maßnahmen zu treffen, um aus der Richtung den Bestand oder den Betrieb der Tiefgarage resultierende Schäden für die Stadt Graz oder Dritte zu vermeiden. Der Stadt Graz dennoch entstehende Schäden sind, soweit diese auf ein Verschulden der Bestandnehmerin zurückzuführen sind, zu ersetzen. Im Hinblick auf allfällige Ansprüche Dritter ist die Stadt Graz vollkommen schad- und klaglos zu halten. Nach Ansicht der von der Holding Graz beauftragten Rechtsanwaltskanzlei E&H-Rechtsanwälte GesmbH gehen mit diesen Vertragsbestimmungen allfällige Schadensersatzansprüche gegenüber der Stadt Graz jedenfalls ins Leere. Diese Tatsache dürfte auch der Grund sein, dass bis heute weder gegenüber der Stadt Graz noch der Holding Graz Schadenersatzforderungen oder Klagen vorliegen.“

Gemeinderat **Piffl-Percevic:**

Danke, wir nehmen das jetzt einmal so zur Kenntnis, diesen Bericht.

Nur die Frage: Bis wann rechnest du mit der Verkehrswirksamkeit der Parkgarage, also wann ist sie wieder benützbar, nach deiner Einschätzung der ganzen Sachlage?

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Ich glaube, ich habe das genau beantwortet. Das obliegt nur der Firma.

Gemeinderat **Piffl-Percevic:**

Ja, aber deine persönliche Einschätzung jetzt.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Wir arbeiten an der Baustelle, das geht zügig voran, wir sind voll im Plan und alles andere obliegt dem Garagenbetreiber. Bitte fragt einfach den Garagenbetreiber.

***Ende Fragestunde 13.26 Uhr***